



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen 01-Br

Wolfenbüttel, den 16.05.2023

Protokoll

über die 8. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages

Sitzungstermin:	Montag, 17.04.2023
Sitzungsbeginn:	17:04 Uhr
Sitzungsende:	18:38 Uhr
Ort, Raum:	Lindenhalle Wolfenbüttel, Halberstädter Straße 1a, 38300 Wolfenbüttel, Saal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

SPD-Fraktion

Albinus, Martin

Deitmar, Reinhard

Eisenbarth, Bettina

Ganzauer, Oliver

Graf, Frank

Hauptstein, Siegfried

Keye, Bernfried

Koch, Harald

Märtens, Julian

Meinberg, Kersten

Meyn, Lennie

Resch-Hoppstock, Sabine

Scheffler, Malte

Serbest, Ann-Christin

Vorsitzender Kreistag

Fraktionsvorsitzender SPD

Stellv. Landrat

CDU-Fraktion

Emmerich, Peter

Glier, Andreas

Kanter, Heike

Lagosky, Uwe

Löhr, Norbert

Meißler, Andreas

Müller, Karl - Heinz

Plumeyer, Henning

Schäfer, Uwe

1. stellv. Vorsitzender
Kreistag

Stellv. Landrat

Wolff, Michael

Fraktionsvorsitzender CDU

AfD-Fraktion

Bäumann, Andreas

Glinka, Jens

Pastewsky, Jürgen

Fraktionsvorsitzender AfD

GRÜNE-Fraktion

Bei der Wieden, Claudia, Dr.

Brücher, Bertold

Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/ Die Grünen,

Pröttel, Leonhard

Seigneur, Christel

Stuhlweißenburg-Siemens, Ulrike

Uminski-Schmidt, Angelika

2. stellv. Vorsitzende

Kreistag

Wagner-Judith, Christiane

Stellv. Landrätin

FDP-Fraktion

Försterling, Björn

Otte-Kotulla, Bettina

Weitemeier, Max

Fraktionsvorsitzender FDP

Einzelmandatsträger

Fischer, Wolfgang, Dr.

Sabisch, Dennis

Von der Verwaltung

Beddig, Heiko

Klooth, Kathrin

Retzki, Bernd

Volkers, Sven

Bräuer, Marius

Liebenow, Tim

Wilhelm, Andree

Wiek, Caroline

Erster Kreisrat

Dezernentin III

Kreisrat

Kreisbaurat

Protokollführer

Protokollführer

Pressesprecher

Gleichstellungsbeauftragte

Es fehlen:

Bosse, Marcus

Florek, Christiane

Grabenhorst-Quidde, Sarah

Hensel, Falk

Kamphenkel, Marcel

Krause-Hotopp, Diethelm, Dr.

Oesterhelweg, Frank

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65)

NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)

3. Feststellung der Tagesordnung (5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 7. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages am 23.01.2023
5. Anfragen
 - 5.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§ 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)
6. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion - Deutschlandticket im Landkreis Wolfenbüttel als Sozialticket anbieten
Vorlage: XIX-0281/2023
7. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion - Frühstücksangebot an den Schulen
Vorlage: XIX-0282/2023
8. Besetzung des Verwaltungsrats Eigenbetrieb BIZ
Vorlage: XIX-0003/2021/2
9. Besetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: XIX-0257/2023
10. Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Lückenschluss der Radroute Wendessen/Ahlum – Dettum: Anlage eines radfahrgerechten Wegeabschnittes
Vorlage: XIX-0263/2023
11. Entgeltordnung des Bildungszentrums Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0267/2023
12. Honorarordnung des Bildungszentrums Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0266/2023
13. Personalveränderungen Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel (ALW)
Vorlage: XIX-0271/2023
14. Neubau einer Rettungswache in Cremlingen
Vorlage: XIX-0262/2023
15. Zuwendung an den Tourismusverband Nördliches Harzvorland e.V.
Vorlage: XIX-0259/2023
16. Neuaufstellung eines Beteiligungsprozesses zur Rückholung der atomaren Abfälle aus der Schachanlage Asse II
Vorlage: XIX-0273/2023
17. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 5h GO)
18. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 18, 5 i GO)

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Ganzauer eröffnet um 17:04 Uhr die 8. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen. Er merkt an, dass die Kreistagsabgeordneten Florek, Grabenhorst-Quidde, Hensel, Kamphenkel, Bosse, Oesterhelweg und Krause-Hotopp entschuldigt fehlen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)

Herr Ganzauer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (5c GO)

Herr Ganzauer fragt nach Änderungen zur Tagesordnung. Er erklärt, dass folgende Änderung aufgenommen werden muss:

Umbenennung des Tagesordnungspunktes 8 in „Besetzung des Verwaltungsrats Eigenbetrieb BIZ und des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft“.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung vom Kreistag einstimmig genehmigt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 7. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages am 23.01.2023

Herr Ganzauer bittet um Genehmigung des Protokolls über die 7. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages am 23.01.2022. Das Protokoll über die 7. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages wird einstimmig genehmigt.

Herr Ganzauer bittet die Anwesenden, sich zu erheben.

Er informiert, dass am 30.03.2023 der ehemalige Landrat Ernst-Henning Jahn verstarb. Er würdigt seine Arbeit für den Landkreis Wolfenbüttel und sein Engagement in verschiedenen Bereichen, als Landtagsabgeordneter, als Mitglied des Kreistages in verschiedenen Ausschüssen und als Ratsmitglied in seiner Heimatgemeinde. Er spricht den Angehörigen sein Mitgefühl aus.

Der Kreistag hält eine Schweigeminute zu Ehren des Verstorbenen.

TOP 5 Anfragen

TOP 5.1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§ 18 GO)

Herr Andreas Riekeberg stellt eine Frage zum Thema Asse. Er möchte wissen, warum in dem Beschlussvorschlag der Vorlage zu TOP 16 die Atommüllkonditionierungsanlage mit keinem Wort erwähnt werde.

Frau Steinbrügge antwortet, dass es heute um die Neuaufstellung des Beteiligungsprozesses gehe. Der Beteiligungsprozess werde in der weiteren Entwicklung die inhaltlichen Themen wie die Atommüllkonditionierungsanlage aufgreifen.

Frau Eleonore Bischoff kritisiert, dass der Kreistag sich nicht mit der Suche nach einem Standort für die Zwischenlagerung befasse. Das Thema Zwischenlagerung verdiene eine größere Aufmerksamkeit.

Frau Steinbrügge merkt an, dass der in 2021 auf den Weg gebrachte Beleuchtungsbericht sich inhaltlich mit den Fragen rund um die Standortsuche für das Zwischenlager befasst habe. Die Ergebnisse daraus wurden jedoch von der BGE und dem BMU nicht zum Anlass genommen, die getroffenen Entscheidungen zu überprüfen.

Frau Bischoff fragt an, warum der Asse II Begleitprozess ausgesetzt wurde und keine öffentlichen Veranstaltungen mehr stattfinden, bei denen die Bürger sich beteiligen können.

Frau Steinbrügge führt aus, dass der Begleitprozess nach der „Basta-Entscheidung“ des Staatssekretärs Flasbarth im Sommer 2020 zunächst ausgesetzt worden sei. In der Folge sei der Beleuchtungsprozess aufgesetzt worden. Nicht zuletzt als Konsequenz aus den unzureichenden Reaktionen auf diesen Expertenbericht wurde der Begleitprozess zum Ende letzten Jahres von Seiten der A2B beendet. Innerhalb der A2B bestehe zugleich die skeptische Bereitschaft die Begleitung der Rückholung als Beteiligungsprozess neu auszurichten.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)

Herr Fischer stellt eine Anfrage zum Vorhaben "Interkommunales Großgewerbegebiet südöstlich des Autobahnkreuzes A2/ A39". Bekanntermaßen soll dazu zunächst eine Machbarkeitsstudie erstellt werden. Ursprünglich sind dafür 200.000 € veranschlagt worden, für die jede der vier beteiligten Gebietskörperschaften 50.000 € tragen sollte. In einem Artikel der BS-Zeitung sei jetzt von 423.000 € die Rede, die der Landkreis Helmstedt aktuell aus dem Strukturwandel-Topf des Bundes erhalten hat und die für diese Machbarkeitsstudie verwendet werden sollen. Dadurch würden die Kosten für die Studie mindestens doppelt so hoch ausfallen wie ehemals geplant.

Dazu stellt er folgende Fragen:

- Ist das zutreffend? Hat der Landkreis Wolfenbüttel Kenntnis davon?
- Wie wirkt sich dies gegebenenfalls auf den Beteiligungsanteil des LK WF aus?
- Wie vertragen sich die neuen, offenbar einseitigen Initiativen in Zusammenschau mit den stark erhöhten Kosten, sofern zutreffend, mit der angeblichen "Ergebnisoffenheit", die für dieses Großprojekt im Vorfeld stets propagiert worden ist?
- Wie ist der Stand hinsichtlich der Machbarkeitsstudie? Von welchem zeitlichen Rahmen ist hier auszugehen?

Frau Steinbrügge antwortet, dass die Erstellung der Machbarkeitsstudie wesentlich umfangreicher als geplant ausfällt und sich daher auch die Kosten deutlich erhöhen. Der Landkreis Helmstedt habe in Abstimmung mit den beteiligten Gebietskörperschaften deshalb zunächst nur das Gebiet des Landkreises Helmstedt für eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Dafür stehen Mittel aus der Strukturförderung zur Verfügung. Die europaweite Ausschreibung läuft derzeit und die Vergabe wird in den nächsten Wochen erfolgen. Im Sommer 2024 sollen Ergebnisse der Studie präsentiert werden. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie wird auch eine interkommunale Zusammenarbeit geprüft. Die aktuelle Finanzierung läuft allein über den Landkreis Helmstedt. Mittel vom Landkreis Wolfenbüttel werden nicht benötigt.

Herr Hauptstein erklärt, dass bei Ahlum und Dettum ein Windpark entstehen soll. Er fragt an, wann dafür die Baugenehmigung erteilt werden wird.

Herr Volkers antwortet, dass mit einer Genehmigung zum Ende des Quartals gerechnet werden kann.

TOP 6 Antrag der FDP-Kreistagsfraktion - Deutschlandticket im Landkreis Wolfenbüttel als Sozialticket anbieten

Vorlage: XIX-0281/2023

Herr Försterling erläutert den Antrag.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XIX-0281/2022 ergibt, wird angenommen und an den Ausschuss für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit überwiesen.

TOP 7 Antrag der FDP-Kreistagsfraktion - Frühstücksangebot an den Schulen Vorlage: XIX-0282/2023

Herr Weitemeier erläutert den Antrag.

Herr Müller befürwortet den Antrag der FDP ausdrücklich. Der Bedarf bestehe an allen kreiseigenen Schulen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XIX-0282/2022 ergibt, wird angenommen und an den Ausschuss für Schule und Sport überwiesen.

TOP 8 Besetzung des Verwaltungsrats Eigenbetrieb BIZ und des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft Vorlage: XIX-0003/2021/2

Frau Resch-Hoppstock weist darauf hin, dass Frau Hintze und Herr Grund als beratende Mitglieder ausgeschieden sind und die SPD-Fraktion neue Mitglieder benennen möchte, die vom Kreistag bestätigt werden müssen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Kreistag stellt folgende Nachbesetzung gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG fest:

für den Verwaltungsrat Eigenbetrieb BIZ:

als beratendes Mitglied für den Bereich Kultur:

Nele Marie Preißner, 38312 Börßum anstelle von Tyrone Grund, 38312 Cramme

für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft:

als beratendes Mitglied Freya Rosenthal, 38327 Semmenstedt, anstelle von Hannah Hintze, 38304 Wolfenbüttel

**TOP 9 Besetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: XIX-0257/2023**

Frau Kanter erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Kreistag wählt auf Vorschlag der Kreisarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Wolfenbüttel Frau Berit Sutorius als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

**TOP 10 Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Lückenschluss der Radroute Wendessen/Ahlum – Dettum: Anlage
eines radfahrgerechten Wegeabschnittes
Vorlage: XIX-0263/2023**

Herr Löhr erläutert die Vorlage.

Herr Hauptstein gibt zu bedenken, ob es am Ende tatsächlich zu einem Lückenschluss des Radwegs kommen werde. Schließlich sind die Arbeitswege der Landwirte betroffen und Gespräche mit den betroffenen Landwirten würden sich seiner Erfahrung nach als schwierig erweisen.

Herr Pröttel zeigt sich optimistisch. Klimaschutz sei ein großes und wichtiges Thema, das auch ein Anliegen der Landwirte ist. Er hofft auf positive Gespräche zwischen der Stadt Wolfenbüttel und den Landwirten.

Herr Glier fragt an, ob mit der Stadt Wolfenbüttel gesprochen wurde, wer die Verkehrssicherungspflicht trägt, wenn nicht der Landkreis dafür zuständig ist.

Herr Volkens erklärt, dass mit dem Baudezernenten der Stadt darüber gesprochen wurde. Bei solchen Alltagsrouten ist die Verkehrssicherungspflicht Aufgabe der Kommune, also der Stadt. Zudem wurde auch die Feldmarkinteressenschaft beteiligt

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Befestigung der Wegelücke in der Gemarkung Ahlum (Flur 8, Flurstück 46) im Übergang zur Gemarkung Dettum im Zuge der Alltagsradroute Wendessen/Ahlum – Dettum wird durch den Tiefbaubetrieb des Landkreises Wolfenbüttel auf einer Länge von etwa 40 m in einer Breite von etwa 2,5 m in wassergebundener Bauweise vorgenommen.

Voraussetzung hierfür ist, dass die für die Umsetzung der Maßnahme erforderliche Fläche durch die Gebietskörperschaft (hier Stadt Wolfenbüttel) kostenfrei zur Verfügung gestellt wird, die hierzu entweder die Eigentümerschaft oder eine zeitlich unbefristete Gestattung des Eigentümers zugunsten der Kommune nachweist. Gleiches gilt für weitere ggf. erforderliche Genehmigungen oder Erlaubnisse.

Eine Verkehrssicherungs- und Unterhaltungspflicht wird seitens des Landkreises Wolfenbüttel für diesen Wegeabschnitt nicht übernommen.

TOP 11 Entgeltordnung des Bildungszentrums Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XIX-0267/2023

Herr Löhr erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Anlage zur Vorlage XIX-0267/2023 beigefügte Entgeltordnung wird beschlossen und tritt für die Volkshochschule und das Medienzentrum zum 01.08.2023 und für die Musikschule zum 01.10.2023 in Kraft.

TOP 12 Honorarordnung des Bildungszentrums Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XIX-0266/2023

Herr Löhr erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Anlage zur Vorlage XIX-0266/2023 beigefügte Honorarordnung wird beschlossen und tritt für die Volkshochschule zum 01.08.2023 und für die Musikschule zum 01.10.2023 in Kraft.

TOP 13 Personalveränderungen Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel (ALW) Vorlage: XIX-0271/2023

Herr Meyn erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, die von der Betriebsleitung entwickelte Neuorganisation der Personalstruktur als Änderung zum Wirtschaftsplan 2023 des ALW.

TOP 14 Neubau einer Rettungswache in Cremlingen
Vorlage: XIX-0262/2023

Herr Brücher erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt dem Neubau einer Rettungswache im Rahmen eines kombinierten Baus mit dem Feuerwehrgerätehaus Cremlingen, wie er sich aus der Anlage 1 zur Sitzungsvorlage XIX-0262/2023 ergibt, zu.
2. Die nach der derzeitigen Kostenschätzung notwendigen zusätzlichen Mittel in Höhe von 800.000,- € werden in den Haushalt 2024 eingestellt.

TOP 15 Zuwendung an den Tourismusverband Nördliches Harzvorland e.V.
Vorlage: XIX-0259/2023

Herr Glier erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Zuwendung an den Tourismusverband Nördliches Harzvorland e.V. wird in bisheriger Höhe gewährt. Für 2023 und 2024 werden die Zahlungen auf der bisherigen Grundlage gewährt und betragen für 2023 rund 193.000 €, für 2024 rund 197.000 €.
2. Die Landrätin wird beauftragt, gemeinsam mit dem Tourismusverband Nördliches Harzvorland e.V. alternative Organisationsformen zu prüfen.

**TOP 16 Neuaufstellung eines Beteiligungsprozesses zur Rückholung der
atomaren Abfälle aus der Schachanlage Asse II**
Vorlage: XIX-0273/2023

Herr Märtens erläutert die Vorlage.

Frau Steinbrügge erklärt, dass es im Kern darum gehe, dass der Kreistag sich dafür ausspricht, den Versuch zu unternehmen, ein qualitativ neues Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Ein Vergleich mit asse-fernen Standorten sei bisher nicht erfolgt. Vielmehr müsse man konstatieren, dass es mit diesen Interventionen und im bisherigen Begleitprozess nicht gelungen sei, die Interessen der Region wirksam zur Geltung zu bringen.

Der „alte“ Begleitprozess sei zum Ende letzten Jahres von Seiten der A2B beendet worden. Innerhalb der A2B bestehe zugleich die skeptische Bereitschaft die Begleitung der Rückholung als Beteiligungsprozess neu auszurichten.

BMUV und NMU haben signalisiert, dass sie diese Absicht ausdrücklich unterstützen. Der Standortvergleich zum Zwischenlager war bisher ein Prüfstein für ein faires Verfahren. Es sei jedoch nicht zu erwarten, dass auf diesem Weg in nächster Zeit eine Verständigung erreicht werden könne.

In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob BMUV und BGE ein wirkliches Interesse an einer fairen Behandlung und Beteiligung der Menschen im Landkreis Wolfenbüttel haben. Darum sei es wichtig zu prüfen, ob es gelingt, sich mit der BGE darüber zu verständigen, dass es jenseits von rechtlichen und technischen Fragen auch um Gesichtspunkte gehe, die das Erleben der Menschen vor Ort betreffen.

Es müsse geklärt werden, welche Themen überhaupt zu verhandeln seien, wie der Beteiligungsprozess gestaltet werden könne, welche Elemente er habe und welche Modalitäten im Umgang mit Dissens gelten. Ungeklärte Themen sind zu dokumentieren und zu gegebener Zeit neu aufzurufen.

Die öffentlichen Veranstaltungen zum Thema Beteiligung werden am Donnerstag, 20. April, fortgesetzt. Die Ergebnisse der Workshops werden an BMUV, BGE und NMU zurückgespiegelt. Ziel sei es, ein neues Beteiligungsmodell auszuarbeiten und in einer verbindlichen Erklärung zu fixieren.

Frau Steinbrügge weist abschließend darauf hin, dass im Sommer ein Zwischenergebnis feststehen soll. Der neue Beteiligungsprozess brauche jedoch Zeit.

Herr Brücher spricht sich dafür aus, dass die Möglichkeit der Beteiligung gewährleistet sein muss. Als Grund für das Scheitern des alten Beteiligungsprozesses sieht er die vorhandene Struktur des Prozesses. Problematisch ist zudem, dass ein Beteiligungsprozess gesetzlich nicht erforderlich ist. Dafür sollten die entsprechenden Gesetze geändert werden. Außerdem hält er es für bedeutsam, wenn der Prozess von unparteiischen Moderatoren begleitet werde. Daher stellt die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen einen Änderungsantrag, der wie folgt lautet:

1. Der Kreistag spricht sich dafür aus, in den von ihm für den bisherigen Begleitprozess mandatierten Strukturen mit dem BMUV, dem NMU und der BGE unter Moderation eines unabhängigen, in der Organisation von Beteiligungsprozessen im öffentlichen Bereich erfahrenen Mediationsteams, ein qualitativ neues Beteiligungsmodell zu entwickeln. Der Kreistag wird nach Vorliegen des Beteiligungsmodells darüber erneut beraten und beschließen.
2. Der Kreistag bittet die Stadt Wolfenbüttel und die Samtgemeinden Elm-Asse und Sickinge, sich an dieser Lösungssuche zu beteiligen.

Herr Försterling betont, dass man sich wiederholt mit der Zwischenlagerfrage beschäftige. Er kritisiert die Wortwahl der Landrätin, die implizieren würde, dass sie es für in Ordnung halte, dass die BGE die Gesichtspunkte, die das Erleben der Menschen betreffen, nicht beachtet. Man müsse sich mit der Frage beschäftigen, wie man mit dem Dissens gegenüber BGE und BMUV umgehen will. Außerdem sei die Frage, wie man diesen beiden Akteuren entgegentreten kann. Seiner Ansicht nach sollten keine Gespräche mehr über Straßenerweiterungen und Grundstücksverkäufe zwischen Landkreis und BGE stattfinden. Man sollte vor Gericht gehen und sich die Grundstücke im Zweifel enteignen lassen. Er ist gespannt, wie das Gericht entscheiden würde. Zudem regt Herr Försterling an, die Bürger mit einer Bürgerbefragung zu beteiligen. Es müsse deutlich werden, dass die Bürger im Landkreis bereit seien, sich der Blockade von BGE und BMUV entgegenzustellen.

Herr Sabisch ist in einem Beirat der Samtgemeinde Elm-Asse tätig, der sich mit dem Thema Asse befasst. Dort habe man die Vorlage thematisiert und man ist sich einig, dass ein unabhängiges Moderationsteam den Prozess begleitet soll. Er befürworte daher den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Pastewsky bezweifelt, dass mit dem neuen Beteiligungsprozess noch Einfluss auf die Zwischenlagerfrage genommen werden kann. Der Standortsuche sei seiner Ansicht nach im Hintergrund bereits entschieden. Daher mache es keinen Sinn, gegen BGE und BMUV anzugehen.

Frau Steinbrügge merkt an, dass die Positionierung der BGE nicht neu sei und in der Stellungnahme zum Beleuchtungsbericht noch einmal bekräftigt wurde. Die dort gegebenen kritischen Hinweise seien nicht aufgegriffen worden. Weiterhin führt sie aus, dass regional bereits zwei unabhängige Moderatoren im Einsatz seien: Herr Dr. Stempin und Frau Dr. Mangels-Vogt. Beide haben die nötige Expertise und kennen die beteiligten Akteure sowie die Geschichte des Begleitprozesses. Mit neuen Moderatorinnen weiterzuarbeiten, hält sie für wenig sinnvoll. Man sei auf einem guten Weg zur Entwicklung eines neuen Beteiligungsprozesses, in dem auch die Diskussion um das Zwischenlager aufgegriffen werden müsse.

Herr Lühr begrüßt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass eine unabhängige Moderation erfolgen soll. Er ergänzt, dass der Satz „Das Verhandlungsmandat orientiert sich an den in der Begründung genannten Gesichtspunkten.“ erhalten bleiben sollte. Dann könne auch die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Weitemeier bemängelt, dass unklar ist, welche Rolle der Landkreis einnimmt. Ziel von Kreistag und Landkreis muss sein, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises zu vertreten. Dies müsse zum Ausdruck gebracht werden.

Frau Steinbrügge verdeutlicht, dass der Austausch von Moderatoren nicht zugleich bessere Ergebnisse garantiere. Hinzuweisen sei noch darauf, dass das NMU eine vermittelnde Rolle und koordinierende Rolle habe.

Herr Koch gibt an, dass die SPD-Fraktion den Beschlussvorschlag der Kreisverwaltung zustimmen werde. Die bisherigen Strukturen sollten zudem weiter genutzt werden.

Herr Ganzauer lässt über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen inklusive der Ergänzung von Herrn Lühr abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich, bei 22 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

1. Der Kreistag spricht sich dafür aus, in den von ihm für den bisherigen Begleitprozess mandatierten Strukturen mit dem BMUV, dem NMU und der BGE unter Moderation eines

unabhängigen, in der Organisation von Beteiligungsprozessen im öffentlichen Bereich erfahrenen Mediationsteams, ein qualitativ neues Beteiligungsmodell zu entwickeln. Das Verhandlungsmandat orientiert sich an den in der Begründung genannten Gesichtspunkten. Der Kreistag wird nach Vorliegen des Beteiligungsmodells darüber erneut beraten und beschließen.

2. Der Kreistag bittet die Stadt Wolfenbüttel und die Samtgemeinden Elm-Asse und Sickinge, sich an dieser Lösungssuche zu beteiligen.

TOP 17 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 5h GO)

Frau Steinbrügge weist auf die verteilten Flyer zum Stadtradeln hin und wirbt dafür, sich anzumelden. Die Anmeldung kann unter <https://www.stadtradeln.de/landkreis-wolfenbuettel> erfolgen. Alle Bürgerinnen und Bürger, die im Landkreis Wolfenbüttel wohnen, arbeiten, studieren, in einem Verein aktiv sind oder eine Schule besuchen, können beim Stadtradeln in der Zeit vom 13.05. – 02.06.2023 mitmachen.

TOP 18 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 18, 5 i GO)

Frau Bischoff fragt an, warum das Baugrundgutachten unter TOP 16 nicht thematisiert wurde.

Herr Volkers antwortet, dass das Umweltamt des Landkreises sich mit dem Gutachten befasse und auf der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft über das Baugrundgutachten informiert werde.

Herr Riekeberg regt an, eine öffentliche Veranstaltung stattfinden zu lassen, bei der die Standortfrage des Zwischenlagers diskutiert wird.

Frau Steinbrügge weist darauf hin, dass der Landkreis nicht die erforderlichen Kapazitäten dafür habe, um ein solches Format stattfinden zu lassen. Solche Aktivitäten seien im Rahmen eines neuen Beteiligungsprozesses zu entwickeln.

Herr Ganzauer schließt die Sitzung um 18:38 Uhr.

Vorsitzender

Landrätin

Protokollführer

